

nicht hinter ihnen, mit denen man noch vor wenigen Abenden im Gasthof zum Römischen Kaiser beim Wein begeisterte Trinksprüche gewechselt hatte, zurückstehen. Magistrat und Bürgerschaft hielten eifrig Beratungen. Neue Petitionen, worin die Annahme der Hanauer Forderungen dem Kurfürsten empfohlen wurde, wurden ins Palais befördert und dem Polizeidirektor Morchutt als interimistischem Verweser des Ministeriums des Innern samt dem Ultimatum der Hanauer übergeben. Eine letzte Volksversammlung berief Henkel auf 3 Uhr nachmittags in den Holländischen Hof ein und legte eine Petition vor, die auch alsbald ins Palais wanderte. Aber ihre Annahme wurde verweigert. Es wurde Abend, doch kein Bescheid erfolgte. Die Spannung wuchs, und eine ungeheure Volksmenge hatte sich vor dem kurfürstlichen Schlosse angesammelt und bedeckte den ganzen Friedrichsplatz, als gegen 5 Uhr zwei Wagen mit den Hanauer Deputierten, die, da sie nichts erreicht, nach Hause zurückkehren wollten, die Königsstraße herauffuhren. Der Anblick verletzete die Menge in eine wahre Wut; man rief, das Palais müsse gestürmt werden, die Hanauer dürften nicht zum Tore hinaus, und es schien in diesem Augenblick tatsächlich, als würden die empörten Volksmassen zur Gewalt schreiten. Die Hanauer mußten, als ihre Wagen am Palais angekommen waren, versprechen, noch eine Viertelstunde zu warten; doch diese verfrich, und so noch gar manche, ohne daß es der Fürst hätte über sich gewinnen können, eine Antwort zu erteilen. Endlich um 7 Uhr erschien der Polizeidirektor Morchutt und entfesselte mit der Botschaft, daß der Kurfürst alle Forderungen bewilligt habe, einen Jubelsturm der Begeisterung. Drei der Hanauer Abgeordneten gingen hierauf ins Palais, wo ihnen die landesherrliche Proklamation eingehändigt wurde, laut deren sich der Kurfürst bewogen finde, zu der am 7. März erlassenen Verkündigung noch folgende weiteren Zusagen zu erteilen:

1. Bei Besetzung der Ministerien werde er Bedacht darauf nehmen, Männer dazu zu berufen, welche das Vertrauen des Volkes besäßen.
2. Über die Bewilligung vollständiger Pressfreiheit habe er bereits heute eine Verordnung erlassen.
3. Für die politischen Vergehen seit 1830 werde Amnestie bewilligt.
4. Alle das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht beschränkenden Beschlüsse seien aufgehoben.
7. Zulage der Mitwirkung dahin, daß beim Bundestage Nationalvertretung eingeführt werde.

Man wollte wissen, daß die Hanauer durch das Nachgeben Friedrich Wilhelms einigermaßen enttäuscht gewesen seien und es lieber gesehen hätten,